

Parlamentsdirektion  
Dr. Karl Renner Ring 3  
1017 Wien  
AT

BMASGPK - III/A (Konsumentenpolitik)

**Deanna Belsky**  
Sachbearbeiterin

[deanna.belsky@sozialministerium.gv.at](mailto:deanna.belsky@sozialministerium.gv.at)  
+43 1 711 00-862501  
Stubenring 1, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl an [post@sozialministerium.gv.at](mailto:post@sozialministerium.gv.at)  
zu richten.

Geschäftszahl: 2025-0.746.545

Ihr Zeichen: 2025-0.739.615

## **Justiz**

### **Bundesgesetz, mit dem das Rechtsanwaltsstarifgesetz und die Zivilprozessordnung geändert werden; Begutachtung;**

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz dankt für die Einladung zur Stellungnahme und nimmt zum oben genannten Entwurf wie folgt Stellung:

Der vorliegende Ministerialentwurf wird ausdrücklich begrüßt. In der Verbraucherberatung kommt es seit Jahren zu zahlreichen Beschwerden im Zusammenhang mit Abmahnmissbrauch in Besitzstörungsfällen. Die Senkung der Bemessungsgrundlage für die Rechtsanwaltskosten sowie die Ermöglichung des Rechtszugs zum Obersten Gerichtshof tragen als befristete Maßnahmen dazu bei, dass der „Parkplatzabzocke“ als Geschäftsmodell die Grundlage entzogen wird. Flankierend dazu würde eine Reduktion der entsprechenden Gerichtsgebühren die „Parkplatzabzocke“ aus Kostensicht noch effektiver hintanhalt.

10. Oktober 2025

Für die Bundesministerin:  
Stefan Hofstetter

Elektronisch gefertigt



